

ANFRAGE

des Abgeordneten Dr. Andreas F. Karlsböck und weiterer Abgeordneter
an die Bundesministerin für Bildung und Frauen
betreffend Veranstaltung zum Thema „40 Jahre Fristenlösung“ im AK Bildungs-
zentrum

Anlässlich des umstrittenen Jubiläums „40 Jahre Fristenlösung“ werden von politischen Entscheidungsträgern, vorwiegend aus dem linken ideologischen Spektrum, Veranstaltungen zum Thema Abtreibung beworben, die geeignet sind, das Geschäft mit der Ver zweiflung schwangerer Frauen zu verharmlosen, zumindest aber die negativen Implika- tionen einer Abtreibung weitgehend auszublenden. Zuletzt eine Podiumsdiskussion am 26. Mai 2015 zum Thema „Ungewollt schwanger: wer soll entscheiden? 40 Jahre Fristenlösung und immer noch im Strafgesetz“ im AK Bildungszentrum. Die *aktion leben* attestiert dieser Veranstaltung in einer Presseaussendung vom 20. Mai 2015 unter der Überschrift „Faschismus von links“ „schlechten Stil und fehlende Seriosität“ und fordert den dort anwesenden Abtreibungsarzt Christian Fiala auf, „falsche Aussagen und Untergriffe zu unterlassen“. Sie wirft der ihrer Ansicht nach „einseitig besetzten Veran- staltung“ weiters vor, keineswegs einem seriösen Wissenszuwachs zu dienen, sondern „ein Lehrbeispiel für veralteten linken Fundamentalismus [zu sein], der jedwedem Be- mühen um einen echten Dialog zum Thema leugne.“

Die unterfertigten Abgeordneten richten daher an die Bundesministerin für Bildung und Frauen folgende

Anfrage

1. Hat Ihr Ministerium die Veranstaltung vom 26. Mai 2015 im AK Bildungszentrum zum Thema „Ungewollt schwanger: wer soll entscheiden? 40 Jahre Fristenlösung und immer noch im Strafgesetz“ mitfinanziert?
Wenn ja, warum und in welcher Höhe?
2. Wird das vom Abtreibungsarzt Christian Fiala betriebene „Museum für Verhütung und Schwangerschaftsabbruch“ von Ihrem Hause, und damit aus Steuergeldern, mitfinanziert?
Wenn ja, warum, aus welchem Titel und in welcher Höhe?



M. A.